

AUSSENPOLITIK

«Es können rasch Kriege entstehen»

Aussenminister Ignazio Cassis erklärt, wie er zwischen Iran und den USA vermittelt. Und was er sich von der Kandidatur der Schweiz für den Uno-Sicherheitsrat verspricht.

NZZ am Sonntag: Herr Cassis, ist die Welt aus den Fugen geraten?

Ignazio Cassis: Ich würde nicht dramatisieren. Aber es ist so, dass neue Länder, die wirtschaftlich stärker geworden sind, ihre Ansprüche geltend machen, wie etwa die Türkei, Indien oder Brasilien. Die Welt ist nicht mehr einfach bipolar, mit dem kapitalistisch-demokratischen System auf der einen und dem sozialistisch-planwirtschaftlichen auf der andern Seite, es gibt auch Mischformen wie etwa in China. Die alte, einfache Weltordnung gibt es nicht mehr.

Und wie soll sich die Schweiz in dieser Situation positionieren?

Ich sehe drei Punkte: Sie muss schauen, dass die Macht des Rechtes stärker ist als das Recht der Macht. Das heisst zweitens, dass sie die multilaterale Ordnung verteidigt. Das multilaterale Recht, die Regeln, die wir etwa in der Uno vereinbaren, ist die Rettung für alle kleinen Länder, denn sie können nicht die stärkste Armee der Welt haben. Und drittens kann die Schweiz ihr diplomatisches Know-how, ihre guten Dienste und ihre Glaubwürdigkeit einbringen.

Wie zum Beispiel in diesen Tagen, nach dem Angriff auf Ölanlagen in Saudiarabien, als Schutzmacht der USA in Iran. Die Regierung von Donald Trump sieht wie die Saudis das iranische Regime als Urheber der Attacke. Wie beurteilen Sie die Situation?

Die Lage ist besorgniserregend. Es braucht nur wenig, damit noch etwas Grösseres passiert. Ich mag mich aber nicht an Spekulationen über die Urheberschaft der Angriffe beteiligen. Aber ich bin froh, dass wir dank unserem Schutzmandat einen Beitrag leisten können, indem wir zwischen den USA und Iran die Kommunikation sicherstellen. Ich habe selbst schon direkt zwischen den beiden Aussenministern auf höchster Ebene vermittelt, mitunter einmal an einem Samstag zu Hause am Telefon.

Droht ein Krieg?

Ja, es können in polarisierten, sehr angespannten Situationen in der Welt sehr rasch Kriege entstehen.

Und da versuchen Sie in diesen Tagen persönlich zu vermitteln?

Ich kann nicht in die Details gehen. Aber wir sind auf technischer und politischer Ebene aktiv, Diplomaten, Staatssekretärin Baeriswyl und ich. Wir erbringen unsere guten Dienste.

Sie reisen nun an die Uno-Generalversammlung in New York. Wie kann die Schweiz dort von ihrer Vermittlerrolle profitieren?

Die menschlichen Kontakte sind das Alpha und Omega. Man muss zuerst Vertrauen aufbauen. Das hilft uns auch, Mandate für die Guten Dienste zu erhalten, beispielsweise das Schutzmachtmandat für die USA in Venezuela. Dank der Guten Dienste erhalten wir auch Zugang zu wichtigen Vertretern von Grossmächten, einen Zugang, den viele ähnlich grosse Länder nicht haben.

Das Stelldichein der Regierungen in New York ist also vor allem eine gute Gelegenheit für bilaterale Treffen. Die Uno selbst ist hingegen eher nebensächlich?

Die Treffen mit andern Ministern sind sicher wichtig. Aber unterschätzen Sie die Reden der Staatschefs vor der Plenarversammlung nicht. Oft sind wichtige Signale in den Sätzen versteckt. Und wir selbst können unsere Positionen präsentieren. Bundespräsident Ueli Maurer wird ankündigen, dass die Schweiz ihre CO2-Bilanz bis 2050 auf null reduzieren will. Wenn der Bundesrat das in Bern tut, gibt es zwar eine Diskussion im ganzen Land. Aber ausserhalb nimmt das niemand wahr. An der Uno-Generalversammlung sagen wir es der ganzen Welt.

Vor einem Jahr haben Sie kritischer getönt. Da sagten Sie nach Ihrer ersten Uno-Generalversammlung, die Reden seien repetitiv, vieles nur Ritual. Haben Sie die Meinung geändert?

Die Uno ist eine unentbehrliche Institution. Natürlich ist dort vieles Zeremoniell. Und es ist so: Die Uno hat derzeit nicht den stärksten Moment in ihrer Geschichte. Die Uno ist grösser geworden, damit aber auch langsamer und mit weniger Einfluss. Das ist nicht im Interesse der Schweiz. Ich will mehr Handeln und weniger Papier. Darum habe ich immer wieder gewollt, dass die Reformen unter den Prioritäten der Schweiz figurieren. Und vergessen Sie nicht: Die Schweiz ist dank Genf Sitzstaat der Uno. Dort ist vor genau hundert Jahren der Völkerbund gegründet worden. Das gibt uns eine grosse Präsenz auf der Weltbühne, und diese wollen wir unbedingt beibehalten.

Die Reformen könnten aber auch Genf treffen. Ist das ein Problem?

Genf ist nicht in Frage gestellt. Aber es ist richtig, dass sich die Uno-Organisationen auf ihre Kernaufgaben besinnen und wieder kleiner werden. Dass die USA aus dem Menschenrechtsrat und der Unesco ausgetreten sind, haben sie mir gegenüber genau so begründet: Nur wenn weniger Geld fliesse, seien solche Organisationen offen für Reformen.

Sie begrüssen also den Austritt der USA als nötigen Impuls?

Das ist immer die Frage des Ausmasses. Anreize braucht es. Ich bin der Meinung, dass finanzieller Druck hilft. Deshalb kann man aber nicht sagen, dass alles, was die USA gemacht haben, richtig ist.

Verfolgen Sie selber diese Strategie auch beim Uno-Hilfswerk für die Palästinenser UNRWA, wo der Bund die Zahlungen gestoppt hat?

Nein, das hat andere Gründe. Das Aussendepartement hat eine feste Regel: Bei Verdacht auf Missmanagement in einem Hilfswerk, suspendieren wir die Zahlungen. Das ist auch hier geschehen. Das heisst nicht, dass sie gestrichen sind. Wir warten ab, was die Untersuchungen zu den Korruptionsvorwürfen um die UNRWA-Spitze mit dem Schweizer Pierre Krähenbühl ergeben. Dann sehen wir weiter. Das schulden wir den Steuerzahlern.

Sie haben schon vor dem Korruptionsskandal die UNRWA kritisiert. Das hat Ihnen den Vorwurf eingetragen, Sie seien vor allem ein Freund Israels. Trifft das zu?

So nicht, nein. Aber es trifft zu, dass ich in unserer Aussenpolitik immer noch versuche, das richtige Gleichgewicht zwischen Israel und Palästina zu finden. Das war in meinen Augen ungenügend balanciert: Wir hatten bisher eine Palästina-Strategie. Ich will neu eine Nahost-Strategie verfolgen, die beide Seiten umfasst. Diese hat zum Ziel, dass wir die beiden Völker, die Israeli und Palästinenser, mit konkreten Projekten einander näherbringen möchten, etwa über eine gemeinsame Berufsbildung. Diese Annäherung ist nötig, denn eine Lösung des Nahostkonflikts kann nicht von aussen kommen, sondern nur von den Menschen vor Ort.

Der Bund kandidiert für einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat. Wie stehen die Chancen?

Ich bin zuversichtlich, dass die Schweiz 2022 gewählt wird. Und in den Jahren 2023 und 2024 sitzt sie im Uno-Sicherheitsrat.

Die Kandidatur ist in der Schweiz umstritten. Wie stehen Sie persönlich dazu?

Ich stehe vorbehaltlos hinter der Kandidatur. Das Volk hat 2002 dem vollen Uno-Beitritt zugestimmt, ohne Ausnahme für den Sicherheitsrat. Die Bedenken, die man haben kann, etwa bezüglich Neutralität, wurden geklärt. Rechtlich gibt es kein Problem.

Ihr Motto lautet: Aussenpolitik ist Innenpolitik. Was bringt uns Schweizern eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat?

Die volle Teilnahme an der Weltgemeinschaft. Das Selbstbewusstsein, auf Augenhöhe mit andern Staaten die Welt mitzugestalten. Und die Stärkung des internationalen Genfs.

Das ist nicht sehr konkret.

Die konkreten Vorteile ergeben sich daraus. Ich gebe ein Beispiel: Je besser unsere Reputation weltweit ist, um so einfacher schliessen wir Freihandelsabkommen ab. Zudem leisten wir einen handfesten Beitrag zur Stabilität der Welt. Das ist ein handfester Nutzen.

Bei Ihrer Wahl wurden Sie vor zwei Jahren von der SVP unterstützt. Nachdem Sie diese schon mit dem Rahmenvertrag ärgern, reizen Sie sie nun auch noch mit der Kandidatur für den Sicherheitsrat. Sind Sie undankbar?

Ich wurde natürlich nicht nur von der SVP gewählt, sondern insbesondere auch von meiner FDP und CVP-Vertretern – und zwar als Freisinniger. Da kann man nicht von mir verlangen, dass ich mich für Abschottung und gegen den bilateralen Weg einsetze.